

hohes Maß an Flexibilität und Kreativität für informelle Veränderungen, sogar auch für eine Verschiebung der politischen Gewichte zwischen den Organen bewiesen hat.

Reinhard Wesel, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Dvornik, Srđan / Solioz, Christophe: *Next Steps in Croatia's Transition Process. Problems and Possibilities*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2007, 157 S., 28,- €, ISBN 978-3-8329-2719-6.

Das Buch besteht aus fünf Aufsätzen, die für ein im Februar 2005 in Zagreb abgehaltenes Seminar zum Thema „The Next Step in Croatia – The State of the Transition and Democratisation Process in Croatia“ geschrieben wurden. Es will dabei Themen aufgreifen, die gewöhnlich in Diskussionen über den Transformationsprozess in Kroatien zu kurz kommen: das Verständnis von Souveränität, die Rolle von Zivilgesellschaft und internationaler Einflüsse auf sie und ökonomische Aspekte der Entwicklung. Die beiden Herausgeber – ein Kroatier und ein Schweizer – sind beide seit Ende der achtziger Jahre in Kroatien friedenspolitisch und zivilgesellschaftlich engagiert.

Der Transformationsprozess Kroatiens ist, wie Srđan Dvornik und Christophe Solioz in ihrer Einleitung kommentieren, wesentlich geprägt durch die Perspektive des EU-Beitritts. Sie spielte seit Beginn der Sezession von Jugoslawien 1991 eine wichtige Rolle als Hoffnungsträger. Allerdings ist in den letzten Jahren hier eine Ernüchterung eingetreten und in Kroatien ist der Eindruck entstanden, dass Europa sich nach dem Scheitern der EU-Verfassung 2003 von seinen Verpflichtungen, die es in Thessaloniki 2003 einging, zurückziehe. Besonders dass die östlichen Nachbarn Rumänien und Bulgarien schon aufgenommen wurden, während Kroatien dies verweigert und einem langen und schmerzhaften „Testverfahren“, zu dem auch die Kooperation mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gehört, unterworfen wurde, hat in Kroatien zu viel Ärger und Desillusion geführt. Dazu kommt die Furcht vor einem „Ausverkauf“ an Europa, in dem sich reiche (West-)Europäer der Ressourcen Kroatiens bemächtigen. Die Autoren befürworten einen schnellen Annäherungsprozess, mahnen aber, dass die Länder des ehemaligen Jugoslawiens, das „andere Europa“, einen Beitrag zu Europa leisten können und es sich nicht um eine Frage einer Ein-Weg „Europäisierung des Balkans“ handle. Denn der Balkan war immer Teil Europas. Dabei verweisen sie auf die „Praxis-Schule“ in den sechziger Jahren, die einen echten demokratischen Sozialismus durch Demokratisierung von unten anstrebte, und deren Gedanken in der 1989 gegründeten UJDI (Yugoslav Democratic Initiative) wieder auflebten, der drei der Autoren dieses Bandes angehörten.

Hauptthema der Aufsätze ist aber nicht die EU-Mitgliedschaft, sondern die Frage einer effektiven Transformation des Landes in einen wahrhaft demokratischen Staat. Dies bedeutet, da sind sich alle Autoren einig, mehr als die Implementierung von EU-Richtlinien und mehr als die (durch Krieg gewonnene und durch Ethnonationalismus geprägte) Souveränität als ein Nationalstaat. Dieses letztere Verständnis von Souveränität dominiert Kroatien, wie *Zarko Puhovski*, Politologe und Menschenrechtler aus Zagreb in seinem Beitrag ausführt. Ihm stellt er das Verständnis von Souveränität als die Souveränität eines Volkes gegenüber.

Dies leitet direkt über zu den drei Beiträgen des 2006 verstorbenen Soziologen *Srdan Vrcan*, des Politologen und Aktivisten *Srdan Dvornik* und des britischen, in Kroatien lebenden Soziologen und Sozialarbeiters *Paul Stubbs*, die sich alle mit der Zivilgesellschaft in Kroatien befassen. Das Verhältnis zwischen politischer Macht und Bürgerengagement hat in Kroatien (beziehungsweise in ganz Jugoslawien) stets ein besonderes Spannungsfeld dargestellt. Privates Engagement, auch im wirtschaftlichen Sektor, wurde ungleich den Warschauer Pakt Staaten toleriert, aber Bedingung war, dass die BürgerInnen sich aus der Politik heraushielten. Daher kam es nur vereinzelt und dann erst gegen Ende der achtziger Jahre in etwas größerem Maßstab zum Engagement einer Zivilgesellschaft mit politischen Zielvorstellungen. Doch mit dem Auseinanderfallen Jugoslawiens ging eine neue Welle autoritärer national orientierter Regime einher, die diese Anfänge einer autonomen Zivilgesellschaft fast völlig auslöschten. Zwar bildeten sich Anfang der neunziger Jahre viele neue Nichtregierungsorganisationen (NROs), doch diese befassten sich ausschließlich mit ihren jeweiligen Anliegen, die von Menschenrechtsschutz bis humanitärer Arbeit im Kriegskontext reichten, aber keine Diskussion über das Verständnis und die Rolle von Zivilgesellschaft als solcher führten. An diesem Bild hat sich bis heute nichts geändert. Die Autoren sind sich einig, dass es einen tiefen Graben zwischen der inzwischen weitgehend abgeschlossenen formalen Demokratisierung und Schaffung eines Rechtsstaates auf der einen Seite und der Realität des politischen und sozialen Lebens auf der anderen Seite gibt. Dvornik spricht hier von einer „Demokratur“ („democratorship“) – einem System, dessen Realität gekennzeichnet ist durch autoritäre Beziehungen, eine ethno-nationale politische Gemeinschaft, Korruption und „crony capitalism“, bei dem die Allokation von Kapital durch Klientel-Systeme, nicht durch marktwirtschaftliche Mechanismen und Korruption bestimmt wird. Der Wirtschaftswissenschaftler *Ivo Bicanic* fügt dieser Liste in seinem Beitrag noch ein defizitäres Wirtschaftssystem hinzu, bei dem die Erwartungen an schnelles Wachstum und die Realität dessen, was möglich ist, stark auseinander gehen. Eine wahre Zivilgesellschaft, so argumentieren *Dvornik*, *Vrcan* und *Stubbs*, gebe es nicht, sondern nur eine Gemeinschaft von NROs (Stichwort

„NRO-isierung“), die zudem wesentlich durch die internationale Unterstützung, die seit dem Krieg 1991 in das Land geflossen ist, geformt oder verformt wird. Diese NROs sind weitgehend abhängig von internationalen finanziellen Zuwendungen. Eine Ehrenamts- und Spendenkultur wie in Westeuropa hat sich – auch bedingt durch die relative Armut des Großteils der Bevölkerung – nicht entwickelt. Die Professionalisierung von zivilgesellschaftlicher Tätigkeit führte aber auch zu ihrer Entpolitisierung und steht der Entwicklung einer demokratischen Gegenkultur entgegen. *Vrcan* geht soweit, von einer „Zukunft Kroatiens ohne Zivilgesellschaft“ zu sprechen.

Die Herausgeber fassen in ihrer Einleitung das Dilemma, das in den verschiedenen Aufsätzen beschrieben wird, eingängig zusammen: Kroatien müsse sich zur gleichen Zeit depolitisieren und repolitisieren. Die Depolitisierung betrifft die Dominanz der politischen Elite und der kollektivistischen nationalistischen Ideologie, die alle Sektoren der Gesellschaft durchdringt. Die Repolitisierung betrifft eine wahrhafte demokratische Teilnahme der BürgerInnen „von unten“, sowohl durch Parteien und Wahlen wie durch die ganze Vielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements.

Das Buch gibt interessante Einblicke in die Diskussion über Transformationsprozesse „von innen“, aus der Sicht von Intellektuellen in einem betroffenen Land. Diese Intellektuellen sitzen, wie zwischen den Zeilen sehr deutlich wird, zwischen den Stühlen autoritär geprägter Denk- und Handlungsmuster, wie sie die große Mehrheit der Bevölkerung vertritt, und einer internationalen Gemeinschaft, die ihre eigenen Vorstellungen ohne Rücksicht auf die Geschichte und Werte des betroffenen Landes zu oktroyieren sucht. Das Buch ist leider teilweise nicht ganz leicht zu lesen und setzt Kenntnisse der Region und der ihr eigenen intellektuellen Debatten voraus. Es wäre hilfreich gewesen, wenn die Autoren ihren Aufsätzen eine kurze Zusammenfassung ihrer wesentlichen Thesen vorausgeschickt hätten. Der Wunsch, dass die Kritik an der westlichen „Transformationshilfe“, die sich praktisch durch alle Beiträge zieht, auch den Planern solcher Maßnahmen, zum Beispiel in der EU oder in den einzelnen westlichen Ländern zur Kenntnis kommt, wird wahrscheinlich unerfüllt bleiben, da das Buch dafür zu „wissenschaftlich“ ist und seine Thesen nicht eingängig genug (im Sinne einer leichten Konsumierbarkeit) präsentiert werden. Insgesamt bleibt es wohl ein Werk, das in erster Linie für Menschen aus der Region und Regionalexperten von Interesse ist.

*Christine Schweitzer, Institut für Friedensarbeit und
Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK)*